

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 21.11.2018  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:05 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Meyer, Elfriede

**SPD-Fraktion**  
Götze, Horst  
Meinen, Regina

**GfE-Fraktion**  
Kruse, Detlef  
Kruse, Doris

**CDU-Fraktion**  
Kronshagen, Heinrich  
Ringena, Hermann, Dr.

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Marsal, Andrea

**FDP-Fraktion**  
Hoofdmann, Erwin  
Mälzer, Frank

für Uwe Frerichs

**Beratende Mitglieder**  
Attar, Ziad, Dr.  
Hempel, Rainer  
Kandziora, Marianne  
Kröger-Vodde, Erasmus  
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian  
Züchner, Christian

für Jörn Malanowski (bis 18:34 Uhr)

**Verwaltungsvorstand**  
Jahnke, Horst

(ab 17:06 Uhr)

**von der Verwaltung**  
Grendel, Volker  
Knochenhauer, Annett  
Kromminga, Engelbert  
Meyer, Karl-Ingo  
Philipps, Egon  
Snakker, Kerstin  
Cornelius, Fred

(bis 18:00 Uhr)

**Protokollführung**  
Lendzion, Daje

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

### **Gast**

Habl, Christian

### **Öffentlicher Teil**

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau E. Meyer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 20.09.2018

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 20.09.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Neufassung der Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, zur Förderung der kooperativen Migrationsarbeit  
Vorlage: 17/0896

**Beschluss:** Zwischen der Stadt Emden und der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, werden die der Vorlage 17/0896 als Anlagen beigefügte Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen geschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**TOP 6** Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) i. V. §§ 53 ff des Sozialgesetzbuches - Zehntes Buch (SGB X) über die Übertragung der Aufgaben nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)  
Vorlage: 17/0926

**Herr Grendel** erklärt, es handele sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, der vom Rat beschlossen werden müsse. Der Vertrag unterliege in der interkommunalen Zusammenarbeit einer Genehmigung des Ministeriums. In bestimmten Aufgabengebieten sei die Anzahl der Fälle so gering, dass es einer einzelnen Kommune kaum möglich sei, dies arbeitsplatztechnisch darzustellen. Aus diesem Grund wurden schon in der Vergangenheit diese laufenden Fälle dem Landkreis Leer übertragen. Ebenso solle nun die Bearbeitung der Fälle nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz zusätzlich dem Landkreis Leer übertragen werden. Eine Änderung der finanziellen Erstattungen sei nicht notwendig, da sich die Gesamtfallzahl durch einen generellen Rückgang nicht erhöhe.

**Beschluss:** Die Stadt Emden schließt vorbehaltlich der Genehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport mit den Landkreisen Ammerland, Aurich, Friesland, Leer, Wesermarsch und Wittmund einen geänderten öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Übertragung der Aufgaben nach dem Bundesversorgungsgesetz ab dem 01.01.2019 auf den Landkreis Leer. Dieser Vertrag ersetzt den bisherigen öffentlich-rechtlichen Vertrag in der Fassung vom 12.02.2009.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 7** Zuschuss zu den Kosten für empfängnisverhütende Mittel an die pro familia Emden  
Vorlage: 17/0927

**Beschluss:** Die Laufzeit der mit pro familia vereinbarten Rahmenvereinbarungen zur Übernahme von Kosten für empfängnisverhütende Mittel gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses am 01.02.2016 wird gem. den in der Anlage beigefügten Rahmenbedingungen bis zum 31.12.2020 verlängert. Mit dem Beschluss wird auch das benötigte Budget in Höhe von 5.000,00 € für 2019 und 2020 zur Verfügung gestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 8** Entwicklung der Unterbringung von Obdachlosen  
Vorlage: 17/0904

**Herr Grendel** teilt mit, zu dem Tagesordnungspunkt würden zwei Präsentationen vorgetragen. Im letzten Jahr habe der Ausschuss in einem Workshop die gewünschten Themengebiete priorisiert. Die Unterbringung von Obdachlosen sei das letzte Themengebiet, dass noch im Ausschuss behandelt werden müsse. Herr Cornelius werde den gefahrenabwehrrechtlichen Teil vorstellen. Dies sei ein formalisiertes rechtliches Verfahren. Die Verwaltung erhalte Mitteilungen vom Amtsgericht, wenn Räumungsklagen anstehen und könne daraufhin handeln. Diese Informationen und Daten dürfen aus datenschutzrechtlichen Gründen natürlich nicht an Dritte

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

weitergegeben werden. Es werde aber auf die entsprechenden Beratungsstellen und die Möglichkeiten wie beispielsweise den Tagesaufenthalt verwiesen. Der Kunde könne selbst entscheiden, ob er sich an die entsprechenden Stellen wendet. Ebenso gehe es um präventive Maßnahmen. Zu einem gewissen Teil sei dies mit anderen freiwillig/pflichtigen Aufgaben über die Leistungsvereinbarung mit dem Tagesaufenthalt und der Alten Liebe an den Träger übergeben worden, für den anschließend Herr Müller-Goldenstedt berichte.

**Herr Cornelius** informiert anhand einer Power-Point-Präsentation über die formellen Aufgaben der Stadt Emden in der Obdachlosenhilfe. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Dr. Ringena** fragt, ob es in Emden eine Art „Kältebrücke“ gebe, sodass obdachlose Personen bevorzugt untergebracht werden. In einigen Kommunen werde dies vorgehalten. Bei bestimmten Temperaturen würden sofort Maßnahmen eingeleitet.

**Herr Grendel** verweist auf den Vortrag von Herrn Müller-Goldenstedt. Es gebe die Möglichkeit, das Seemannsheim in Einzelfällen zu nutzen. Grundsätzlich werde die Unterbringung über die Leistungsvereinbarung abgewickelt.

**Frau Marsal** bedankt sich für die Ausführungen. Sie möchte wissen, wie viele Personen in den beiden Wohnungen untergebracht werden können und inwieweit eine Betreuung gewährleistet werde. Die Familien sollten schnellstmöglich eine geeignete Wohnung erhalten. Das Aushändigen eines Formulars oder einer Liste aller Wohnungsanbieter sei nicht immer ausreichend.

**Herr Cornelius** schildert, die Situation müsse im Einzelfall betrachtet werden. Daher seien die Gespräche äußerst wichtig. In einigen Fällen reiche es durchaus lediglich die Liste auszuhändigen. Selbstverständlich bleibe der Kontakt während der Unterbringung bestehen. In jeder Wohnung könnten bis zu sechs Personen untergebracht werden.

**Herr Grendel** ergänzt, natürlich könne es in einigen Fällen hilfreich sein, wenn die Verwaltung neue Wohnungen vermittelt. Die Stadt Emden sei jedoch keine Vermietungsberatung. Es dürfen keine bestimmten Vermieter bevorteilt werden. Die Verwaltung müsse objektiv sein. Die Liste aller Wohnungsanbieter stelle eine Objektivität her. In den verschiedenen Systemen gebe es Beratungsmöglichkeiten. Bei einer Überschuldung gebe es beispielsweise die Schuldnerberatung. Diese könne über die entsprechende Leistungsvereinbarung in Anspruch genommen werden. Es werde immer je nach Befund in andere Hilfesysteme übergeleitet. Bei Leistungsbeziehern helfe Frau Tjaden vom Jobcenter bei der Wohnungssuche. Die Hilfestellungen seien ganz individuell. Eine Unterstützung sei natürlich notwendig.

**Frau Meinen** stellt fest, durch die aufsuchende Arbeit würden weniger Fälle in einer Räumungsklage enden. Die Räumungen seien auf 34 gesunken. Sie fragt, ob tatsächlich die aufsuchende Arbeit der Grund sei.

**Herr Cornelius** erläutert, dass in vielen Fällen die Personen bei einem Räumungsverfahren erstmal nicht handeln. Es reiche oft nicht aus, den Betroffenen nur schriftlich Hilfe anzubieten. Ein direktes Gespräch wecke mehr Vertrauen, sodass mit den Betroffenen Lösungsansätze besprochen werden können. Diese Vorgehensweise sei durchaus erfolgreich.

**Herr Müller-Goldenstedt** berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Entwicklung und Bedingungen der Unterbringung von Obdachlosen. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Grendel** gibt an, es bestehe eine hervorragende Zusammenarbeit. Der Vortrag sei sicherlich teilweise von politischen Statements getragen. Nicht alle angesprochenen Themen können kommunal geregelt werden. Es seien auch andere Systeme gefordert. Dennoch gebe es bereits viele Maßnahmen in Emden. Als Beispiel nennt er den sozialen Wohnungsbau. In den aktuellen städtebaulichen Verträgen gebe es eine Sozialpreisbindung. Es müsse eine gewisse Durchmischung erreicht werden, da ansonsten eine Ghettoisierung erfolgen könnte. Bezüglich der Gewos-Studie laufe derzeit eine Evaluierung. Durch das Ausüben des Vorkaufsrechts in Barenburg bei 520 Wohnungen seien 130 Wohnungen im Niedrigpreissegment dem Wohnungsmarkt wieder zugänglich. Die Thematik werde immer wieder im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt behandelt. Der Bereich des Einfamilienhausbaus könne ebenso hilfreich sein, da durch Sickerffekte Schritt für Schritt auch die günstigeren Wohnungen wieder frei würden. Bedenklich sei dagegen, dass externe Investoren extrem günstigen Wohnraum kaufen und die Wohnungen ohne eine adäquate Renovierung vermieten. Häufig sei in diesen Fällen der Arbeitsvertrag mit dem Mietvertrag verbunden. Diesbezüglich müsse eine andere Lösung gefunden werden.

**Frau Marsal** bedankt sich für den Vortrag. Der Aufbau eines Fachstellenkonzepts zur präventiven Arbeit sei hervorragend. Sie fragt, was für diesen Aufbau benötigt werde. Sie merkt weiterhin an, dass Schufa-Einträge tatsächlich Mietverträge verhindern. Sie bedauert, dass ebenfalls die stadt eigene Wohnungsbaugesellschaft Gewoba Menschen mit einem Schufa-Eintrag ablehne.

**Herr Müller-Goldenstedt** erörtert, das Fachstellenkonzept sei äußerst umfangreich. Es enthalte eine enge vernetzte Zusammenarbeit zwischen der freien Wohlfahrt, der Wohnwirtschaft und der jeweiligen Kommune, um Wohnungslosigkeit im Vorfeld zu vermeiden. Köln arbeite seit mindestens 20 Jahren nach diesem Fachstellenkonzept. Karlsruhe werde in der Wohnungslosenhilfe immer hervorgeraten. Die Wohnungsnot werde in diesen Städten anders bekämpft. Es stelle sich immer die Frage, ob die Räumungsklagen im Vorfeld hätten vermieden werden können. Mietverträge können seines Erachtens immer „geheilt“ werden. Meist finde eine Räumungsklage aufgrund von Mietschulden statt. In geringen Fällen sei es tatsächlich unverträgliches soziales Verhalten von den Mietern. Mietverträge könnten im Vorfeld gesichert werden, wenn der Immobilienbesitzer weiß, an wen er sich in solchen Fällen wenden könne. Die Prävention müsse früher angesetzt werden. Dies wäre ein Teil des Fachstellenkonzepts. Alle Beteiligten sollten dies gemeinsam erarbeiten.

**Frau Kandziora** bemerkt, die Ausführungen würden ihr Sorge bereiten. Die Nebenkosten würden immer weiter steigen. Neubauten kosten ebenfalls viel Geld. Häufig müssten die Familien über die Hälfte ihres Einkommens für Wohnen ausgeben. Diese Menschen können kaum würdevoll leben. Das Problem bestehe schon viele Jahre. Am 17.11. habe der Seniorenbeirat eine Veranstaltung durchgeführt, um über dieses Problem zu sprechen. Wohnen im Alter sei ebenso wichtig, da die Renten kaum steigen. Es müsse ein neues Programm erarbeitet werden, damit alle Menschen würdevoll leben können. Die Obdachlosigkeit müsse verhindert werden. Jeder sollte darüber nachdenken, wie sozialer Wohnungsbau gefördert werden könnte, damit die Wohnungen bezahlbar seien. Neubauten könne kaum jemand bezahlen. Dies sei selbst mit einem durchschnittlichen Einkommen schon schwierig. Allen Menschen sollte ein würdevolles Wohnen angeboten werden.

**Herr Kronshagen** führt aus, dass das Fachstellenkonzept nicht bedeute, dass eine neue Fachstelle eingerichtet werde. Es sei wichtig, dass die ganzen Gruppierungen besser vernetzt werden. Durch Gespräche können oftmals die Wohnungsräumungen abgewendet werden. Eine Vernetzung sei wichtiger als neue Stellen einzurichten.

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Kruse** bedankt sich für die informativen Ausführungen. Diese Ausführungen seien jedoch sehr beunruhigend. Statistiken seien dazu da, um Änderungen hervorzubringen. Es müssten dringend Maßnahmen erfolgen, um den Mietpreis für Wohnungssuchende mit geringem Einkommen zu senken. Sozialer Wohnungsbau unter 7 € müsse möglich sein. Fachleute würden äußern, dass dies heutzutage nicht mehr möglich sei. Diese Misere müsse gemindert werden. Die Entwicklung sei erschreckend.

**Herr Grendel** teile die Äußerungen grundsätzlich. Emden sei in dem Segment dennoch gut aufgestellt. Mit den Großstädten könne Emden nicht verglichen werden. Laut Stichtagszählung seien 0,15 % der Emden wohnungslos. Die Gesamtzahl betrage 0,55 %. Es würden bereits die Einrichtungen wie der Tagesaufenthalt, die Beratungsstelle und die Alte Liebe existieren. Diese Einrichtungen würden finanziell unterstützt. Die Ressourcen müssen bestmöglich eingesetzt werden. Die Zusammenarbeit und Vernetzung könne natürlich verbessert werden. Altersgerechte und barrierefreie Wohnungen können nicht preisneutral im dritten Stock in einem Altbau geschaffen werden. Gegebenenfalls müsse in einem Altbau ein Fahrstuhl und seniorengerechte Türen eingebaut werden. Diese Kosten müsse der Investor über die Miete refinanzieren. Selbstverständlich sollte permanent an einer Verbesserung gearbeitet werden. Der Vortrag sollte Hinweise geben und das Thema nochmal bewusstmachen. Emden sei jedoch nicht total schlecht aufgestellt. Die Netzwerke sollten genutzt werden. Er bittet zu bedenken, dass es dazu klare Vorgaben aus dem Datenschutz gebe. Ein Vermieter, der rückständige Zahlungen habe, könne dies nicht einfach einer dritten Person mitteilen. Dies gehe nur mit Einwilligung des Mieters.

**Herr Mälzer** stellt fest, dass der prozentuale Anteil in Emden nicht gravierend hoch sei. Es gebe sicherlich Städte, die eine wesentlich höhere Obdachlosenquote zu verzeichnen haben. Er möchte wissen, ob die Wohnungslosen bereits länger in Emden leben oder ob diese aus den anderen Städten extra hierherkommen. Seines Wissens gebe es Personen, die sich bewusst dafür entscheiden, auf der Straße zu leben. Er fragt, wie sich dies in Emden verhalte.

**Herr Müller-Goldenstedt** legt dar, er wolle mit dem Vortrag die Thematik Obdachlosigkeit in seiner Grundproblematik darstellen. Die Zahlen seien zwar nicht wie in den Großstädten, aber dennoch am Steigen. In Emden nächtigen die Leute nicht in Massen in den Büschen auf dem Wall oder schlagen ihre Zelte auf. In Emden bestehe eher eine hohe verdeckte Obdachlosigkeit. Die Personen kommen meist noch irgendwo bei Freunden oder Bekannten unter. Dies sei der Unterschied zu den Großstädten. Es seien eher verdeckte Notlagen.

Es würden immer wieder Obdachlose gezielt nach Emden kommen, um hier aus der Wohnungslosigkeit zu kommen. Dies sei allerdings ein kleiner Prozentsatz. Die Bewegung sei auch umgekehrt, sodass Leute einfach aus Emden verschwinden. Teilweise verlassen die Obdachlosen ihre Heimat, damit sie nicht erkannt werden. Es gebe in dem Bereich immer Wanderungsbewegungen. Dies sei verbunden mit der Hoffnung auf mehr Chancen in den jeweiligen Städten. Er sei der festen Überzeugung, dass es keinen Menschen gebe, der wirklich gerne auf der Straße lebe. Die Menschen hätten alle die gleichen Vorstellungen. Sie wollen eine Wohnung sowie Arbeit und möglicherweise einen Partner. Diese Punkte würden bei den Befragungen immer wieder genannt. Er kenne keine Person, die bewusst auf der Straße lebe.

**Herr Dr. Ringena** weist darauf hin, dass eine Bereisung im Kasernengelände stattgefunden habe. Von einem Unternehmer seien ständig 40 Wohnungen im Bau, die um die Hälfte verkleinert und neu hergerichtet werden. Diese hätten ca. 40 bis 45 Quadratmeter. Eine Entkernung und Verkleinerung der Wohnungen könnte auch in der Wilhelm-Leuschner-Straße umgesetzt werden. Natürlich müssten dann auch beispielsweise Studenten der Hochschule dort einziehen und das Ganze beleben. Die Wohnungen seien gut eingerichtet und für Einzelpersonen hervorragend geeignet. Die Stadt sei auf einem guten Weg, wenn das Verfahren weiter erarbeitet werde.

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Götze** meint, die Armut stehe ebenfalls in Verbindung mit dem Thema Obdachlosigkeit. In Emden gebe es eine sehr hohe Armut. Die Armutsgrenze liege bei ca. 23 %. Armut könne eine Ursache für Obdachlosigkeit sein. Die Anzahl der unter 25jährigen sei dramatisch gestiegen. Den Jugendlichen sollte nach der Schule eine Perspektive gegeben werden. Die Emdener Ausbildungsgesellschaft habe vielen jungen Menschen eine Chance gegeben. In Emden gebe es 700 alleinerziehende Frauen, die mit Wohnungsproblemen zu kämpfen haben. Es würde viele Einrichtungen errichtet, um den Menschen zu helfen. Die Ursachen würden jedoch nicht bekämpft. Dies sei ein allgemeines Problem. Viele Menschen würden in prekären Situationen leben und jeden Tag kämpfen, um die Miete zu bezahlen. Insgesamt müsse eine Veränderung erfolgen.

**Frau Marsal** entgegnet zu der von Herrn Dr. Ringena getätigten Aussage, dass viele soziale Institutionen diese neue Vermietung befürwortet hätten. Dies war eine große Chance. Es habe allerdings einige Vorkommnisse mit psychisch kranken Menschen gegeben, die die Wohnung unbewohnbar gemacht hätten. Der Geschäftsführer habe die Anweisung erhalten, niemandem mit einem Schufa-Eintrag einzuziehen zu lassen. Es bestehe somit wieder eine große Lücke.

**Herr Grendel** bedankt sich bei Herrn Müller-Goldenstedt für die hervorragende Arbeit. Herr Müller-Goldenstedt sei äußerst engagiert. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

**Herr Müller-Goldenstedt** erörtert, dass es in Emden kein Kälteprogramm gebe. Die Zahlen würden dies nicht hergeben. Die Übernachtung sei zu 50 % ausgelastet. Bei sehr kalten Temperaturen können die Öffnungszeiten flexibel geändert werden, sodass auch am Wochenende der Tagesaufenthalt geöffnet würde. Zur Not könnten Matratzen ausgelegt werden. Dies sei situationsabhängig. Weiterhin bestätigt er die hervorragende Zusammenarbeit.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Vorstellung der Beratungsstelle Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) des Vereins "Unabhängige Teilhabeberatung für elk und een e.V."  
Vorlage: 17/0915

**Frau Snakker** erörtert, die unabhängige Teilhabeberatung bestehe in Emden seit dem 02.05.2018. Auf Basis einer Idee aus dem Beirat für Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen sei der Verein „Unabhängige Teilhabeberatung für elk und een e. V.“ gegründet worden. Es konnte eine Förderung von fast 700.000 € generiert werden.

**Herr Habl** stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Beratungsstelle „Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung“ des Vereins „Unabhängige Teilhabeberatung für elk und een e. V.“. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Dr. Ringena** bedankt sich für die Ausführungen. Er fragt aufgrund des Namens des Vereins, ob die Mitarbeiter Plattdeutsch beherrschen. Dies wäre für die zwischenmenschliche Beziehung während einer Beratung sinnvoll.

**Herr Habl** bestätigt, dass in den Landkreisen Plattdeutsch notwendig sei. Er selber könne Plattdeutsch verstehen, aber nicht sprechen. In Leer könne auf Hochdeutsch, Plattdeutsch, Niederländisch und in Gebärdensprache beraten werden.

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau Snakker** fügt hinzu, die Stelle im Landkreis Aurich sei derzeit unbesetzt. In der nächsten Woche würden Bewerbungsgespräche durchgeführt. Natürlich könne speziell darauf geachtet werden, ob die Bewerberinnen und Bewerber Plattdeutsch sprechen können.

**Herr Grendel** stellt klar, dass die Förderung in Höhe von 700.000 € für die drei Kommunen und für drei Jahre gelte.

**Herr Kronshagen** möchte aufgrund der Fallzahlen wissen, ob Herr Habl der einzige Mitarbeiter im Emden Büro sei. Des Weiteren fragt er, ob eine spezielle Ausbildung nötig sei, um bei allen Themen beraten zu können.

**Herr Habl** gibt an, er habe Gesundheits- und Sozialmanagement studiert. Die Kollegin in Leer sei Diplompädagogin. In dem Büro in Emden sei er tatsächlich alleine. Die Fallzahlen würden sich auf die beiden Landkreise sowie Emden beziehen. In der Zukunft könnten ergänzend auch Ehrenamtliche eingesetzt werden.

**Herr Kronshagen** meint, für jeden Fall werde eine gewisse Zeit benötigt. Die Tätigkeit sei somit sehr umfangreich.

**Herr Habl** bestätigt, dass die Aufgaben sehr umfangreich seien. Zunächst werde ein Aufnahmegespräch geführt. Anschließend müsse teilweise zunächst recherchiert werden, um die Themenbereiche abzudecken. Aus diesem Grund sei ein großes Netzwerk erforderlich. Beispielsweise würden Personen, die innerhalb der beruflichen Tätigkeit Schwierigkeiten mit dem Arbeitgeber haben, an den Integrationsfachdienst verwiesen.

**Frau Snakker** ergänzt, die Mitglieder des Vereins würden ebenfalls jederzeit zur Verfügung stehen und ihre Unterstützung anbieten, wenn zu einem bestimmten Thema Beratungsbedarf bestehe.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10**            Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit - projektbezogen  
Vorlage: 17/0916

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 11**            Einrichtung von Stadtteilstiftungen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit  
Vorlage: 17/0917

**Herr Philipps** erläutert anhand der Vorlage 17/0917 die Einrichtung von Stadtteilstiftungen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Mälzer** stellt fest, dass die Thematik auf die Zukunft hinweise. Er stelle sich die Frage, ob dieses Verfahren bei dem äußerst angespannten Haushalt tatsächlich notwendig sei. Es würden bereits bekannte Strukturen in den Stadtteilen bestehen. Möglicherweise sollten diese Strukturen mit den finanziellen Mitteln gestärkt werden. Zur Abwicklung der Anträge würden Antragsvordrucke, Zeitpläne, Protokollvordrucke und Zuschussbescheide erstellt. Dies sei seines Erachtens kein Bürokratieabbau.



## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Grendel** erläutert, es sei immer eine Gradwanderung zwischen der Verfasstheit der Vorschrift und der Flexibilität der Vorschrift. Es gebe durchaus positive Erfahrungen mit Stadtteilbudgets. Es müsse ein entsprechender Prozess und Regelungen mit den Menschen erarbeitet werden. Vorgegebene Regeln von außen würden nicht immer eingehalten und können dadurch problematisch werden. Die Regeln müssen an die Situation vor Ort angepasst werden. Mit dem Engagement vor Ort und den kleinteiligen Maßnahmen, die die Bürger selber bestimmen können, werde der offizielle Antrag über den Haushalt erspart. Die Mittel sollen für verschiedene Maßnahmen eingesetzt werden. Dies solle mit den Personen im Stadtteil entwickelt werden.

**Frau Marsal** begrüßt den Vorschlag grundsätzlich. Sie bittet um Auskunft, ob an den vorhandenen Strukturen mitgearbeitet werde oder ob die Menschen aus dem Stadtteil zur Mitarbeit bewegt werden sollen. Einige Menschen seien keinem Verein angebunden. Möglicherweise würden nur die üblichen Akteure involviert.

**Herr Grendel** erörtert, man müsse zwischen den Personen für die Entscheidungsgremien und den antragstellenden Personen unterscheiden. Anträge für ein Projekt können alle Einwohnerinnen und Einwohner im Stadtteil stellen. Diese können im Stadtteilbüro besprochen und schriftlich niedergelegt werden. Es müsse weiterhin ein Gremium geben, das all diese Vorschläge gegeneinander abwägt. Bei diesem Gremium solle auf die bereits bestehenden Strukturen zurückgegriffen werden. Diese Struktur werde zurzeit aufgebaut.

**Herr Jahnke** ergänzt, er habe den Vorschlag ebenfalls sehr kritisch betrachtet, da es sich um freiwillige Leistungen handele. Die Stadt habe sich um die sozialen Stadtprogramme in Barenburg und Port Arthur/Transvaal beworben. Für den Stadtteil Borssum würden die Anträge vorbereitet. Die sozialen Stadtprogramme seien hauptsächlich Infrastrukturprogramme. Diese würden nichts an den Lebensverhältnissen der Menschen untereinander ändern und helfen nicht unmittelbar bürgerliches Engagement zu stärken. In Anbetracht der Haushaltslage sei das Projekt sinnvoll. Mit geringen Mitteln werde das bürgerschaftliche Engagement gestärkt. Dadurch könne noch mehr Ehrenamt in den Stadtteilen initiiert werden. Die bestehenden Strukturen würden ausgeweitet und verbessert. Der Vorschlag sollte über einen gewissen Zeitraum erprobt und anschließend evaluiert werden. Selbstverständlich würde anschließend im Ausschuss für Gesundheit und Soziales berichtet.

**Herr Mälzer** bedankt sich für die aufklärenden Worte. Er geht davon aus, dass die Gelder auch wirklich in den Stadtteilen zur Verfügung stehen und investiert werden.

**Herr Götze** befürworte den Vorschlag ebenfalls. Er schlägt vor Langzeitarbeitslose mit einzubinden und daraus etwas zu entwickeln. Gemeinsam mit dem Jobcenter könnte eine Maßnahme entwickelt werden. Die Arbeit in den Stadtteilbereichen könnte dadurch verstärkt werden. Als Beispiel nennt er das Müllproblem in den Stadtteilen. Hierfür könnte möglicherweise eine Person eingestellt werden. Diesbezüglich sollten Gespräche mit Frau Cords geführt werden.

**Herr Grendel** nimmt die Anregung entgegen. Diese sei bereits im Beirat des Jobcenters vorgestellt worden. An der Thematik werde derzeit gearbeitet.

**Herr Kronshagen** unterstreicht, dass in den Gremien oft dieselben Personen seien, die sich für solche Aufgaben zur Verfügung stellen. Er regt an, einen Bürgerinformationsabend stattfinden zu lassen.

**Herr Philipps** nimmt die Anregung auf.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## **Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

**TOP 12**            Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorstellung Projekte im Rahmen der offenen Seniorenarbeit

**Frau Snakker** stellt fest, dass im Rahmen der projektgebundenen Altenhilfe in den letzten Jahren immer wieder Projekte gefördert worden seien. Sie möchte wissen, ob Interesse bestehe, diese Projekte in einem der nächsten Ausschüsse vorzustellen.

**Frau E. Meyer** befürwortet den Vorschlag und bittet im Namen des Ausschusses um eine Vorstellung in einer der nächsten Sitzungen.

**TOP 13**            Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.